Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Arnhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 33.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 3.50 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 10.50 Mk., monatlich 3.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 11.40 Mk., monatlich 3.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg., Reklamezeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge Schadens oder Unleserlichkeit der Manuskripte wird keine Gewähr geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 106 — Montag, den 10. Mai 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Das im Friedensvertrag von Versailles vorgesehene deutsch-französische Schiedsgericht für private Streitigkeiten zwischen Deutschen und Franzosen ist endgültig gebildet worden.

*

Laut einer Meldung aus Madrid haben zwölf spanische Schiffahrtsgesellschaften angekündigt, sie würden beim Wiedergutmachungsausschuß wegen der von deutschen Unterseebooten versenkten spanischen Schiffe Klage erheben.

*

Amtlich wird berichtet, daß das japanisch-englische Bündnis auf 7 Jahre verlängert ist. Der Vertrag soll dem Völkerbund vorgelegt werden.

*

Das amerikanische Staatsdepartement hat die Nachricht erhalten, daß Japan keine Einwände gegen ein Bankenkonsortium für eine Anleihe an China zurückziehen und Englands und Frankreichs Bedingungen annehmen werde.

*

Der Londoner Tempsvertreter meldet, die liberale Koalition werde eine neue Partei unter dem Namen Nationalliberale Partei bilden, die Lloyd George zu ihrem Führer erklären werde.

Aufschub der Landtagswahlen.

Von Herm. Schiersand, M. d. L., Chemnitz.

Die Fraktion der U. S. P. in der Volkskammer hat den Antrag gestellt, die Wahlen für den künftigen Landtag mit den Reichstagswahlen zu verbinden. Auch Mitglieder anderer Fraktionen sind der Meinung, daß dies das Richtigste sein würde. Man kann zugeben, daß verschiedene Gründe dafür sprechen, beide Wahlen zusammenfallen zu lassen. Es würde dadurch für die Volksvertretung in Sachsen und ihre Weiterarbeit im Parlament die nötige Klarheit geschaffen. Die viel Zeit, Mühe und Unkosten beanspruchende Aufstellung der Wählerlisten würde nur einmal zu erfolgen haben. Der Wahlkampf, der nun einmal Erregung und leider auch Verbitterung der Wählerschaft mit sich bringt, würde nur einmal in diesem Jahre durchzukämpfen sein. Den Parteien könnten bedeutende Kosten gespart werden. Trotz alledem hat die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei mit großer Mehrheit beschlossen, für Vertagung der Wahlen für den Landtag einzutreten. Denselben Standpunkt nehmen die Mehrheitssozialdemokraten und die Vertreter der Deutschen Volkspartei ein. Die Gründe, die für eine spätere Vornahme der Landtagswahlen sprechen, fallen viel mehr ins Gewicht als die oben angeführten.

Eine vollständige Neuaufstellung der Wählerlisten dürfte sich vielleicht, wenn die Landtagswahlen im Herbst stattfinden sollten, erübrigen, namentlich in kleineren Orten, wo man vielfach mit Nachträgen zu den Listen auskommen dürfte. Ausschlaggebend ist, daß die Volkskammer augenblicklich nicht, wie die Nationalversammlung, die ja leider hochwichtige Vorlagen in Hast und Eile und eben deshalb in unzulänglicher Weise erledigen mußte, auseinandergehen kann, weil noch verschiedene wichtige Vorlagen, die unbedingt in den nächsten Wochen und Monaten verabschiedet werden müssen, zur Verhandlung stehen. Nach Verlegung des Staatshaushaltjahres auf den 1. April des einen bis 31. März des anderen Jahres wird der neue Staatshaushaltplan 1920/21 in nächster Zeit zur Beratung stehen. Er müßte eigentlich bereits erledigt sein. Wenn er erst jetzt der Volkskammer vorgelegt wird, so trifft die Regierung keine Schuld. Es war diesmal außerordentlich schwierig, die Einnahmeposten einzustellen, da ja den Ländern auf Grund des neuen Reichseinkommensteuergesetzes ein Teil der Erträgnisse der Reichssteuern überwiesen wird und die Höhe dieser Summe erst sehr spät bekannt geworden ist. Sachsen kann nicht mehr wie früher auf Grund seiner eigenen Bedürfnisse Einkommensteuern ausschreiben. Würden die Landtagswahlen am 6. Juni sein, dann würde sicher Ende Juni herankommen, bevor die neue Kammer soweit sein würde, in die Beratung des Haushaltplans einzutreten.

Augenblicklich liegt der Volkskammer die neue Verfassung für den Freistaat Sachsen vor. Auch die Gründe für das späte Erscheinen dieser Vorlage sind einleuchtend. Ueber verschiedene notwendige Bestimmungen konnte erst Klarheit erlangt werden nach Schaffung von Reichsgesetzen, die in der letzten beschlossen worden sind. Es sei nur an Wahlbestimmungen erinnert, ferner an Bestimmungen über das Finanzwesen, die oben bereits berührt worden sind. Der Entwurf der neuen Verfassung wird in den nächsten Tagen zur Verhandlung kommen. Nach Verabschiedung der Verfassung muß noch ein neues Landtagswahlrecht geschaffen werden. Das jetzige Wahlrecht galt nur für die Wahl der Abgeordneten der Volkskammer. Die §§ 3, 4 und 6 des Entwurfs der neuen Verfassung sagen, auf welchen Grundsätzen das neue Wahlrecht aufgebaut werden soll.

Besonders dringlich ist auch die Verabschiedung eines neuen Besoldungsgesetzes. Die jetzige Kammer hat der sächsischen Beamtenschaft die Zusage gegeben, eine Besoldungsreform durchzuführen. Sie muß ihre Zusage erfüllen. Wie könnten sonst die jetzigen Abgeordneten im Wahlkampf vor ihre Wähler treten und vor ihnen bestehen! Kommt hinzu, daß die Fristen, die für verschiedene Bestimmungen festzustellen sind, bei der Kürze der Zeit bis zum 6. Juni gar nicht eingehalten werden können. Diese Fristen könnten auch erst bestimmt werden, wenn das Wahlgesetz geschaffen worden ist. Zu all diesen gewissermaßen äußeren Gründen kommen noch innere hinzu. Eine Auflösung beider Parlamente, der Nationalversammlung und der Volkskammer, muß bedenklich erscheinen in unserer unruhigen Zeit. Und richtig ist doch auch, daß die jetzige politische Stimmung nicht normal ist, und daß die politischen Tatsachen nicht geklärt sind. Die Regierung hat noch gar nicht genügend Gelegenheit gehabt, wirklich positiv, aufbauend zu arbeiten. Schließlich waren wir doch Anfang dieses Jahres zu einer ruhigeren Entwicklung gekommen. Diese ruhigere Entwicklung ist leider durch das frevelhafte Vorgehen von Kapp und Genossen unterbrochen worden. Die Landtagswahl im Herbst wird sehr wahrscheinlich ein politisch richtigeres Bild ergeben, als die Wahl am 6. Juni, vorausgesetzt, daß wir wieder zu den Verhältnissen wie sie zu Anfang 1920 bestanden, oder zu günstigeren Verhältnissen kommen. Der Antrag der Fraktion der U. S. P. ist in der Volkskammer einem Ausschuß zur Vorberatung überwiesen worden. Trotzdem wird er abgelehnt werden. Die Landtagswahl wird auf den Herbst verschoben werden.

Was wird der 6. Juni bringen?

W. Niemand wird ernsthaft bestreiten wollen, daß es innerhalb der drei Mehrheitsparteien gleichmäßig Unzufriedene gibt, die mit der von diesen Parteien im letzten Jahre getriebenen Politik nicht einverstanden sind. Niemand wird aber auch leugnen dürfen, daß, wenn die Folge dieser Unzufriedenheit am 6. Juni etwa tatsächlich eine Schwächung der Koalition sein würde, dies gleichbedeutend wäre mit einer Stärkung der Opposition, mit einer neuen und schweren inneren Beunruhigung. Wer sich einigermaßen darüber klar ist, welche Stimmung innerhalb der deutschen Arbeiterschaft zurzeit noch herrscht, wird aber wissen, was das gegebenenfalls hieße. Es bleibt tatsächlich das merkwürdigste aller Schauspiele, daß man auf dem rechten Flügel des deutschen Bürgertums zurzeit den ausschweifendsten Hoffnungen lebt und sich überhaupt ganz so benimmt, als ob wir bereits wieder in vollständig geordneten Verhältnissen leben. Man ergeht sich in Herabwürdigungen der Reichsregierung und gegen die Autorität des Staates, dessen Schutz man genießt und man unterwirft damit Tag für Tag das Gefüge des neuen Reichsbaues stets von neuem einer Belastung, die ohne Schaden für das Ganze zu ertragen, selbst in normalen Zeiten schwer sein würde. Jene Kreise der Wählerschaft, die ihrer Unzufriedenheit jetzt durch eine hemmungslose Kritik oder gar durch Abwanderung in ein anderes Lager Ausdruck geben, wissen zu ihrer Entschuldigung nichts anderes anzuführen, als daß es ohne die Zugehörigkeit der jeweils eigenen Partei auch nicht wesentlich besser oder anders gekommen wäre, als es mit der Koalitionspolitik gekommen ist. Ein schwerer Irrtum. Im anderen Falle würde sich heute das Reich in der politischen und wirtschaftlichen Lage Sowjetrußlands befinden! Es ist fraglich, ob damit sowohl die protestierenden Sozialdemokraten wie die verärgerten Zentrumswähler und Demokraten zufriedener wären als mit dem heutigen Zustand. Kommen wir aber wieder auf den Ausgangspunkt zurück und halten wir fest, daß bei einem Nachleben der erwähnten Unzufriedenheit zwangläufig eine Schwächung der Koalition und eine Stärkung der Opposition das Ergebnis des 6. Juni sein könnte. Nehmen wir da z. B. an, man würde nach dem 6. Juni nach der Andeutung Trimborns ohne weiteres die Deutschvolksparteiler in die Koalition aufnehmen. Die Folge davon würde unweigerlich die sein, daß die Arbeiterschaft geschlossen von neuem in Kampfstellung tritt, daß die Arbeit eines ganzen Jahres zunichte würde, daß alle Dinge wieder ins Rutschen kämen. Stellen wir uns auf der anderen Seite vor, daß die Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Wähler eine entscheidende Schwächung der Mehrheitssozialdemokratie brächte. Die Folge davon hieße gleichfalls einen Zusammenbruch alles bisher Erreichten, neue schwerste Kämpfe. Es ist und bleibt, wie es bisher war: unsere einzige Rettung liegt bei der Erhaltung der jetzigen Koalition in unverminderter Stärke.

Nichts geleistet?

D. N. Von französischer Seite hören wir das ewige Klagelied, daß Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage auch in finanzieller Beziehung nicht nachgekommen sei, insbesondere sei auf dem Gebiet der Wiedergutmachungen nichts geleistet worden. Um diese französischen Behauptungen zu widerlegen, müssen einmal deutliche Zahlen sprechen, die beweisen, welche ungeheuren Werte für die Wiedergutmachung schon abgeführt sind. Da sind zuerst die Saargruben, die auf die Wiedergutmachung angerechnet werden und deren Wert sich auf eine Milliarde Goldmark beziffert. Da ist weiter das Reichs- und Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten, das nach sehr vorsichtiger Schätzung einen Wert von 6,885 Milliarden Goldmark ausmacht. Ist weiterhin unsere große stolze Handelsflotte nichts? Ihr Wert im Betrage von 8,250 Milliarden Goldmark muß ebenfalls auf die Wiedergutmachung angerechnet werden. Weiter müssen in Anrechnung gebracht werden 7 Milliarden österreichisch-ungarischer, bulgarischer und türkischer Schulden; ebenfalls einen Wert von 7 Milliarden Goldmark stellen die Rücklaßgüter dar, die militärischen Depots und Läger, die wir auf unserem Rückzug in Belgien und Frankreich den feindlichen Armeen überlassen mußten. Ein Kapitel für sich bilden die Liquidationen deutschen Eigentums im Ausland. Hier ist eine Bewertung sehr schwierig, da es sich um einen Aufrechnungsposten für die Liquidationen des Eigentums der Staatsangehörigen der Entente in Deutschland handelt. Weiterhin müssen auch für die Wiedergutmachung in Rechnung gestellt werden die Zölle und Steuern, die die Entente, z. B. in Oberschlesien, für die deutsche Regierung einzieht und die bis Ende März einen Betrag von 212 Millionen Goldmark erreicht haben. Zu diesen großen Summen kommen aber noch andere: wir haben bisher für 736 Millionen Mark Kohlen, für 746 Millionen Mark Tiere liefern müssen. Die gelieferten Maschinen und Farbstoffe müssen mit etwa 120 Millionen Mark in Rechnung gestellt werden. Die Kosten für die Kabel, die auf die Wiedergutmachung angerechnet werden, belaufen sich auf etwa 65 und die für das Eisenbahnmaterial auf etwa 750 Millionen Goldmark. Weiterhin wird sich auch die Entente dazu wohl bereit finden müssen, die Unterhaltungskosten für die interalliierten Ueberwachungsausschüsse und für die interalliierten Verwaltungsausschüsse in den Abstimmungsgebieten der Wiedergutmachungssumme zuzurechnen. Die Gesamtaufwendungen dafür sind ganz gewaltig, sie sind auf das Jahr berechnet, mit einem Betrag von 400 Millionen Mark sicher nicht zu hoch geschätzt. Diese Zahlen werden unsere Vertreter in Spa den Ententestaatsmännern und besonders Herrn Millerand deutlich in Erinnerung bringen müssen, wenn bei den dortigen Verhandlungen, wie wohl zu erwarten ist, wiederum gegen Deutschland der Vorwurf erhoben wird, daß es seinen finanziellen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag nicht nachgekommen sei, daß es in dieser Beziehung nichts geleistet habe.

Eine Verdreifachung der Kohlensteuer.

Ein bekannter Schriftsteller macht, wie wir schon kurz mitteilten, das B. T. auf die bevorstehende weitere Verteuerung der Kohle durch eine unerhörte Steigerung der Kohlensteuer aufmerksam. Im vorigen Jahre war auf dem Lande die Heizung noch verhältnismäßig billig, da im Juli 1919 für 100 Zentner Briketts bei Selbstabholung 350 Mark gezahlt werden mußten. Dann stieg der Preis im Dezember auf 550 Mk. und jetzt im April plötzlich auf 1150 Mk. In der Stadt sind die Preise noch wesentlich höher gestiegen. Nun aber soll die Kohlensteuer, die bis 20 Prozent betrug, auf 60 Prozent gesteigert werden. Wir wissen nicht, ob sich die Reichsfinanzverwaltung bereits auf diesen Prozentsatz festgelegt hat oder ob er nur vorläufig als erstrebenswert ins Auge gefaßt ist. Wohl aber ist bekannt, daß die Regierung auf eine ganz beträchtliche Erhöhung der Kohlensteuer hinarbeitet. Wir halten es für notwendig auf die von dieser Seite drohende Gefahr aufmerksam zu machen, solange es noch möglich ist, ihr entgegenzutreten. Der Durchschnitt des Steinkohlenpreises beträgt heute einschließlich der zwanzigprozentigen Steuer 200 Mark. Würde die Steuer auf 60 Prozent erhöht, so würde sich der Preis der Tonne auf 256 Mk. stellen, ganz abgesehen von der Erhöhung des Preises für die Kohle selbst. Hat man sich klargemacht, was diese Verdreifachung der Steuer für das wirtschaftliche Leben bedeuten würde? Sie hätte zur Folge, daß die Lebensmittel und Mieten eine neue Steigerung erfahren müßten, daß alle Industrieprodukte von neuem im Preise erhöht würden, und daß notwendig auch die Löhne und Gehälter hinaufgesetzt werden müßten. Jede Regierung, die ihrer Pflicht sich bewußt ist, muß heute um einen

Abbau der unerträglich hohen Preise

bemüht sein. Die erhöhte Kohlensteuer würde nach der anderen Seite wirken und alle Hoffnungen auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage zuschanden machen. Fast scheint es aber, als ob die Regierung diese Gefahr nicht sieht oder sehen wollte. Denn gerade jetzt läßt sie durch das offiziöse Büro eine Mitteilung des Reichskohlenverbandes veröffentlichen, in der es als eine große Tat gepriesen wird, daß jetzt im Reichsanzeiger die vom 1. Mai ab gültigen Brennstoffverkaufspreise der verschiedenen Syndikatsbezirke veröffentlicht werden. Diese öffentliche Bekanntmachung versteht sich so sehr von selbst, daß es wirklich überflüssig ist, das hier gelegte Ei auch noch zu begackern. Worauf es heute ankommt, das ist eine Ermäßigung der Kohlenpreise, um die deutsche Wirtschaft nicht gewaltsam zu strangulieren. Davon schweigt des Sängers Höflichkeit. Wir warnen ernstlich davor, gerade bei der Kohle mit neuen Steuererhöhungen anzusetzen, sonst treiben wir unaufhaltsam zum wirtschaftlichen Ruin.

Kleine politische Meldungen.

Die Verschiebung der Konferenz. Nach einer Meldung des Temps aus London werden sich Lloyd George und Millerand am 13. Mai treffen und bis zum 15. oder 16. Mai verhandeln. Die Nachricht, daß Deutschland wegen der Reichstagswahlen eine Verschiebung der Konferenz